

FreiRaum

Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen
Für die friedliche Nutzung des Weltraums

Nr. 1 / April 2018
17. Jahrgang



Der Zeiger der „Weltuntergangsuhr“ wird erneut näher an Mitternacht gerückt. Die GroKo steht. Ihr Koalitionsvertrag enthält keine Antworten auf die Sorgen der Wissenschaftler, die ein konsequentes Handeln der Regierenden bezüglich Klimawandel und Nuklearer Abrüstung fordern.
Fotos: Bulletin of the Atomic Scientist; Bundestag

Politiker aktivieren, den militärisch-industriellen Komplex ausbremsen

Das Wissenschaftsmagazin THE ATOMIC SCIENTIST hat die „Weltuntergangsuhr“ auf zwei Minuten vor Zwölf gestellt. Die Wissenschaftler beklagen, die internationale Gemeinde habe versagt, die existentiellen Bedrohungen der Menschheit in den Griff zu bekommen – Atomwaffen und Klimawandel. Kernpunkt sind dabei fehlende Abrüstungsbemühungen und die Programme zur technischen nuklearen Aufrüstung. Besonders bedrohlich seien die heftigen, verbalen Attacken zwischen US-Präsident Trump und Nordkoreas Staatschef Kim Jong Un.

Wir befinden uns an einer Wegkreuzung. Fährt der Zug weiter in Richtung technische Aufrüstung und steigende Bereitschaft zum Atomwaffeneinsatz, so droht ein neues nukleares Wettrüsten und die Atomkriegsgefahr steigt weiter. Oder setzen sich in der Staatengemeinschaft die Kräfte durch die für ein weltweites Atomwaffenverbot eintreten? Damit der Zug aufs richtige Gleis kommt, muss die Friedensbewegung aktiver werden. Die Lobbyarbeit für den Atomwaffenverbotsvertrag wird nur Erfolg haben, wenn Protest und gewaltfreier Widerstand gegen die Atomwaffen mehr Zulauf bekommen. Gründe nicht tatenlos zuzusehen gibt es genug:

DIE GROKO STEHT, ABRÜSTUNG WIRD HINTEN AN GESTELLT

Im Koalitionsvertrag wird zunächst der Wille zur Abrüstung postuliert: "Rüstungskontrolle und Abrüstung bleiben prioritäre Ziele deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Wir wollen ein neues konventionelles und nukleares Wettrüsten auf unserem Kontinent vermeiden. Deutschland wird deshalb neue Initiativen für Rüstungskontrolle und Abrüstung ergreifen. Wir setzen uns entschlossen für die weltweite verifizierbare Abrüstung von allen Massenvernichtungswaffen ein.

Ziel unserer Politik ist eine nuklearwaffenfreie Welt. Wir unterstützen daher regionale Initiativen für Zonen, die frei von Massenvernichtungswaffen sind. Wir setzen auf die Einhaltung und einen stetigen und verantwortlichen Ausbau der Nichtverbreitungs- und Kontrollregime." Doch dann wird die Schuld den anderen zugeschoben, die eigenen Fehler bleiben unerwähnt: „Im nuklearen Bereich setzen wir uns für die strikte Einhaltung des INF-Vertrages (Intermediate Range Nuclear Forces) ein. Eine vollständige Überprüfbarkeit ist essentiell. Ein russischer Vertragsbruch, für den es begründete Sorgen gibt, hätte erhebliche Auswirkungen, weil derartige Waffen jedes Ziel in Europa erreichen könnten.“

Am Ende kriecht die GroKo unter den nuklearen Schutzschirm: „Solange Kernwaffen als Instrument der Abschreckung im Strategischen Konzept der NATO eine Rolle spielen, hat Deutschland ein Interesse daran, an den strategischen Diskussionen und Planungsprozessen teilzuhaben.“

Der Abzug der Atomwaffen aus Deutschland wird in eine ungewisse Zukunft verschoben: „Erfolgreiche Abrüstungsgespräche schaffen die Voraussetzung für einen Abzug der in Deutschland und Europa stationierten taktischen Nuklearwaffen.“

weiter auf S. 9 →

IN DIESEM HEFT

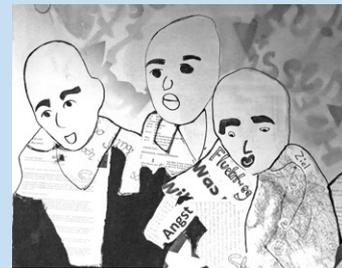
„Ich habe auch einen Atomwaffenknopf, aber er ist viel größer und mächtiger als seiner, und mein Knopf funktioniert!“ Dieser Satz fasst die tragische und dramatische Lage zusammen, in der sich unsere Welt befindet. Als ich diese Aussage gelesen habe, habe ich, vermutlich wie Sie, gedacht: unfassbar, unverantwortlich, erschreckend.



Thomas Hermann, Bürgermeister und Ratsvorsitzender der Landeshauptstadt Hannover in Büchel beim Auftakt der Aktionspräsenz. Lesen Sie mehr auf den Seiten 10 und 11



Der atomare Mittelstreckenvertrag wurde 30. Der nukleare Nichtverbreitungsvertrag wird 50. Abrüstungsverträge schaffen Sicherheit und müssen eingehalten werden fordert das Mutlanger Manifest. Lesen Sie mehr auf den Seiten 1 und 9 sowie im Blick Seite 5–8



Kunst wirbt für Abrüstung und Frieden. Lesen Sie mehr auf Seite 2

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde,
 an einem Samstag im März war ich auf dem Markt. Ich traf Volker Nick. Er sagte, er komme gerade von einer Demonstration. Kurden würden gegen die türkischen Angriffe auf Afrin protestieren. Ich ging vors Rathaus, solidarisierte mich. Die rund hundert Demonstranten wurden abgeschirmt durch eine Kette von Polizeifahrzeugen. Dahinter eine Gegendemonstration von nationalistischen Türken. Ich dachte an Landrat Pavel. Der hatte bei der Unterzeichnung des Mutlanger Manifestes gesagt, er wüsche sich nicht nur die Abschaffung der Atomwaffen, sondern aller Waffen und die Überwindung des Krieges. Ich dachte an die Meldungen, dass deutsche Panzer bei den völkerrechtswidrigen Angriffen auf Afrin genutzt werden. Ich fragte mich, ob die Panzerketten von der Firma RUD aus dem Ostalbkreis dort zum Einsatz kommen. Zu Hause las ich dann, welche deutschen Geldinstitute am Bau von Atomwaffen verdienen. Dass die Deutsche Bank, Commerzbank und Allianz dabei sind, wusste ich schon, dass aber auch die Raiffeisenbank den Fonds „UniGlobal“ an Privatkunden verkauft, wusste ich noch nicht. Wir werden bei der Mutlanger Filiale nachfragen müssen, denn wir haben dort unser Konto. Im Mutlanger Manifest haben wir versprochen: „Solange Atomwaffen einsatzbereit gehalten und technisch aufgerüstet werden, protestieren wir gegen diese Investitionen und werden soweit möglich vermeiden, dass wir daran beteiligt sind.“ Wir werden in diesem Zusammenhang auch mit den Mayors for Peace sprechen, denn viele Bürgermeister sind in den Verwaltungsräten der regionalen Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Krieg beginnt hier, ist ein Slogan, mit dem auf die internationalen Verflechtungen aufmerksam gemacht wird. Frieden beginnt ebenfalls hier. In diesem Sinne müssen wir global denken und lokal handeln.

Mit herzlichen Grüßen



Wolfgang Schlupp-Hauck [wsh]

Mutlanger Manifest

RÜCKBLICK



Mit der Unterzeichnung des Mutlanger Manifest 2017 erinnerten die Pressehütte zusammen mit den Mayors for Peace an den 30. Jahrestag des INF-Vertrages. Er lag bereits dem letzten Freiraum bei und ist auf unserer Homepage zu finden.

Es wurde am 2. Dezember im Mutlanger Rathaus unterzeichnet. Der Genfer Journalist Andreas Zumach hielt dazu einen Vortrag, dessen wesentliche Inhalte wir im aktuellen Im Blick dokumentieren.

Auch im Kreistag wurde das Manifest von Mitgliedern aller Fraktionen unterzeichnet. Zur Zeit sind Funktionsträger aus anderen ehemaligen Stationierungsorten zur unterstützenden Unterzeichnung eingeladen.

Friedenskunst

AUSSTELLUNG IN DER VOLKSHOCHSCHULE



Foto: Christa Schmaus

Das letztjährige Projekt Friedensbildung ging mit einer Ausstellung in der Gmünder Volkshochschule zu Ende. Präsentiert wurden Arbeiten von Lehrern, Studenten und Schülern. Ein großes und markantes Exponat war ein Fenster, das den Rahmen bildete für Friedenswünsche von Schülern. Ausgangspunkt war die Äußerung eines Flüchtlingsjungen. Er erzählte, Frieden sei für ihn, das Fenster zu öffnen und die Vögel singen zu hören – nicht mehr auf Ruinen blicken zu müssen und keine Schüsse und Explosionen mehr zu hören. Silvia Bopp wird in diesem Jahr die begonnenen Kooperationen mit der Pädagogischen Hochschule und den Schulen fortsetzen.

AUSBLICK



Fotos: Pressehütte

Bei den Verhandlungen zum nuklearen Nichtverbreitungsvertrag werden wir mit einer zehnköpfigen Delegation vertreten sein. Das Mutlanger Manifest wird den Delegationen der USA und Russlands übergeben. Wir werden im Begleitprogramm einen Workshop abhalten und im Rahmen der Präsentationen der Nichtregierungsorganisationen wird es im Plenum den Diplomaten der anwesenden Vertragsstaaten vorgestellt.

WANDERAUSSTELLUNG IST UNTERWEGS



Die Wanderausstellung „50 Städte – 50 Spuren: Eine Welt ohne Atomwaffen“ ist unterwegs. Die erste Ausstellung zum 50-jährigen Jahrestag fand im Februar/März in Geislingen an der Steige statt. Einem Ort durch den in den 80er-Jahren die Menschenkette Stuttgart – Neu Ulm führte.

In diesem Jahr sind die folgenden weiteren Termine vereinbart:

- 7.3. – 29.4. Hanau, Rathaus
- 8.5. – 27.5. Hannover, Rathaus
- 9.7. – 10.8. Essen, Stadtbibliothek
- 20.8. – 30.9. Ypern, Belgien, Cultural Center Het Perron

Der Nichtverbreitungsvertrag wird 50

AUFRÜSTUNG NICHT VERHINDERT, DAS ABRÜSTUNGSVERSPRECHEN NOCH NICHT ENGELÖST



1968 unterzeichnen die ersten Staaten den NVV (oben rechts). Zur Überprüfung tagt eine Vorbereitungs-kommission (links, 2013) und in New York die Überprüfungs-konferenz (rechts unten, 2015) UN Photo/Jean-Marc Ferre; Mark Garten

Der Nichtverbreitungsvertrag (NVV) oder Atomwaffensperrvertrag wurde 1968 von den USA, der Sowjetunion und Großbritannien unterzeichnet und trat 1970 in Kraft. Er ist das größte multilaterale Instrument für nukleare Abrüstung. Nur Indien, Pakistan und Israel haben den Vertrag nicht unterzeichnet. Nordkorea kündigte 2003 seine Mitgliedschaft. Sie entwickelten außerhalb des Vertrages ihre Atomwaffen. Der Vertrag teilt die Staaten in zwei Klassen. Er erlaubt den Staaten, die bereits Atomwaffen getestet haben, deren Besitz. Das sind die USA, die Sowjetunion, China, Großbritannien und Frankreich. Die anderen Vertragsstaaten haben sich verpflichtet, keine Atomwaffen herzustellen oder zu erwerben. Im Gegenzug erhalten sie das Recht auf friedliche Nutzung der Atomenergie.

Das Versprechen der fünf Atomwaffenstaaten unter Artikel VI „in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung“ war Voraussetzung für die Zustimmung der Nicht-Atomwaffenstaaten zum Atomwaffenverzicht.

Die Vertragszeit war zunächst auf 25 Jahre begrenzt. 1995 wurde er unbefristet verlängert. Diese Verlängerung war umstritten. Nichtregierungsorganisationen forderten den Vertrag durch eine Atomwaffenkonvention zu ersetzen. Sie legten dazu einen Entwurf vor. Im Gegensatz zum NVV war darin ein Zeitplan für die Abrüstung enthalten. Den Vertrag auslaufen zu lassen und eine Atomwaffenkonvention zu verhandeln, dazu waren die Atomwaffenstaaten nicht bereit. Die Staaten einigten sich, dass der Vertrag unbefristet verlängert wird. Der nötige Konsens wurde durch die Zusicherung von Verhandlungen für einen vollständigen Atomteststopp und über einen massenvernichtungswaffenfreien Nahen Osten ermöglicht.

Der NVV hat einen fünfjährigen Überprüfungszyklus. Den vierwöchigen Überprüfungs-konferenzen gehen drei zweiwöchige Vorbereitungs-kommissionen voraus. Deren Ergebnisse sind mager. 2000 wurden „dreizehn praktische Schritte“ verabschiedet. Der Erhalt des ABM-Vertrages war einer davon. Die USA haben ihn dennoch gekündigt, um ihre Raketenabwehr aufbauen zu können. Fünf Jahre später war man so zerstritten, dass die Schritte nicht überprüft wurden und kein Abschlusspapier zustande kam. 2010 wurde vereinbart, in zwei Jahren die mit der Verlängerung zugesagte Nahostkonferenz durchzuführen. Die blieb jedoch in den Vorgesprächen stecken.

Dennoch stellte Alyn Ware, der Koordinator des Parlamentarischen Netzwerks für nukleare Nichtverbreitung und Abrüstung fest: „Ohne den Nichtverbreitungsvertrag hätten wir heute wahrscheinlich 20 Länder mit Atomwaffen und wären möglicherweise aus Versehen, eine Fehlkalkulation oder sogar zweckbestimmt durch Atomwaffenstaaten eingesetzt worden.“

Auch von Friedensforschern wird der NVV trotz allem positiv bewertet. Oliver Meier, Stiftung Wissenschaft und Politik, erklärt: „Der NVV hat vor allem die Einigkeit der internationalen Gemeinschaft im Kampf gegen die Weiterverbreitung hergestellt. Und das Abkommen bildet den wichtigsten Rahmen, um gemeinsame Regeln für den Umgang mit Atomwaffen und Nuklearenergie zu diskutieren und oft auch zu definieren.“

Harald Müller von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung zieht dazu folgende Bilanz: „Dieser große Erfolg bleibt aber immer gefährdet, solange die Kernwaffenstaaten auf ihrem Status bestehen und ihre Arsenale weiter aufrüsten, statt ihrer Verpflichtung zur vollständigen nuklearen Abrüstung nachzukommen.“ →

60 Jahre Peace-Zeichen

Am 7. April 1958 endete der erste Ostermarsch in Aldermaston, wo Englands Atombomben entwickelt wurden. Der Pazifist und Künstler Gerald Holtom hatte für diese Demonstration im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung (Campaign for Nuclear Disarmament, kurz CND) ein Symbol entworfen, das bald international als Peace-Zeichen bekannt werden sollte.

Die Bedeutung des Symbols ist verschlüsselt. Das Peace-Zeichen besteht aus einer Kombination der beiden Buchstaben N und D aus dem internationalen Flaggenalphabet. Die beiden Schriftzeichen stehen dabei für Nuclear Disarmament, also atomare Abrüstung. Um das Symbol im wahrsten Sinne des Wortes abzurunden, zeichnete er noch einen Kreis um das Zeichen, der die Weltkugel symbolisierte. Heute ist das Zeichen auf der ganzen Welt verbreitet. Das Logo der mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten internationalen Kampagne zur Abschaffung aller Atomwaffen ICAN enthält das Peace-Zeichen und eine zerbrochene Atomrakete.



Eine Kunstaktion vor den Stufen des Rathauses am Stuttgarter Marktplatz erinnerte an den Jahrestag. 200 Blumen wurden zu einem Peace-Zeichen gelegt, bevor sie an die PassantInnen verteilt wurden. Als Zeichen dafür, Frieden und Hoffnung weiterzutragen.



Foto: DFG-VK

Das Atomkraftwerk

Ende April 2003 bei der UNO in Genf: Der Ventilator brummt. Die Plastikform, die er aufbläst, wird nicht zur Hüpfburg, sondern zur Kuppel eines Atomkraftwerkes, dessen Schornstein eine Rakete ist. Ich bringe ein Transparent an: „Nuclear Power powers the bomb“ (Atomenergie fördert die Bombe). Friedensbewegte aus andern Ländern unterstützen mich. Es ist das erste Mal, dass ich zu einer Konferenz über den NVV gehe. Eine Diskussion entbrennt unter den Franzosen. Ist es richtig gegen die friedliche Nutzung der Atomenergie hier zu demonstrieren. Der Vertrag gibt doch das Recht auf ihre Nutzung. Eine Diskussion die unter den Nichtregierungsorganisationen erst seit Fukushima abebbt. Diplomaten und UNO-Angestellte strömen an uns vorbei. Später werde auch ich im Plenarsaal der „NPT-PrepCom“ sitzen und höre den Reden zu.

Die Bürgermeister

Dieser erste Ausflug in die Welt der Abrüstungsdiplomatie hat weitreichende Folgen. Ich lerne den Bürgermeister von Hiroshima kennen, der die 2020 Vision zur Abschaffung aller Atomwaffen vorstellt. Der Kontakt zu Mayors for Peace ist hergestellt und wird die zukünftige Arbeit bereichern. Auf dem Weg zum Empfang des Vorsitzenden treffe ich in der Straßenbahn einen deutschen Diplomaten. Er kritisiert, dass nur drei Deutsche gekommen sind. Um Abrüstung zu erreichen müssten wir uns mehr einmischen. Ich verspreche: „Beim nächsten Mal sind wir mehr.“

Die Jugendaktionsreisen

Im folgenden Jahr in New York sind zwanzig Jugendliche der Aktion Völkerrecht bei unserer Aktionsreise zur UNO dabei. Eine der Jugendlichen wird ausgewählt, eine Rede über die Gefahren der Raketenabwehr vorzutragen. Ein Jahr später lesen die Jugendlichen, nicht nur eine Rede vor, sondern haben sie gemeinsam selbst geschrieben. Jetzt sind auch zum ersten Mal deutsche Bürgermeister in der Delegation der Mayors for Peace vertreten.

Ihre Unterstützung

Seit 2003 ist die Pressehütte Mutlangen regelmäßig bei den Verhandlungen zum NVV dabei. In diesem Jahr mit zehn Personen. Wir werden im Internet, im nächsten FreiRaum und wenn Sie wollen mit einem Vortrag in ihrer Stadt berichten. Über Spenden zur Deckung der Kosten der Delegationsreise freuen wir uns. wsh



Überprüfungskonferenz 2015: In der UNO redet der Generalsekretär den Diplomaten der Staaten ins Gewissen (Foto: Mark Garten) – auf der Straße vor der UNO demonstrieren Tausende für eine atomwaffenfreie Welt (Foto: Pressehütte)

→ Die Pflichten aus dem Nichtverbreitungsvertrag werden unterschiedlich interpretiert. Während die USA zwar die Verkleinerung, dafür aber auch die technische Aufrüstung ihres Atomwaffenarsenals bis zum Jahr 2070 planen und auch alle übrigen Atomwaffenstaaten ihre nuklearen Kapazitäten ebenfalls modernisieren, folgte der Internationale Gerichtshof in seinem Rechtsgutachten von 1996 einstimmig: „Es gibt eine Verpflichtung, Verhandlungen in gutem Glauben fortzusetzen und abzuschließen, die zu atomarer Abrüstung in allen ihren Aspekten unter strikter und effektiver internationaler Kontrolle führen.“

Friedensforschung und Friedensgruppen haben in diesen Prozessen einen nicht unerheblichen Einfluss: als Beobachter an den Konferenzen, durch eigene Veranstaltungen im Begleitprogramm und in Hintergrundgespräche mit den Diplomaten.

Der Entscheid des Internationalen Gerichtshofs wurde durch Nichtregierungsorganisationen initiiert. Das weltweite Netzwerk Abolition 2000 hat die Nuklearwaffenkonvention eingebracht. Die Internationale Kampagne ICAN gab den Anstoß für den Atomwaffenverbotsvertrag, der im letzten Jahr von 122 Staaten verabschiedet wurde.

Beschlüsse im NVV müssen einstimmig erfolgen. Um sich nicht durch die Atomwaffenstaaten bremsen zu lassen, wurde über die UN-Generalversammlung eine offene Arbeitsgruppe gegründet, die im letzten Jahr den Atomwaffenverbotsvertrag vorlegte, der jetzt zur Unterzeichnung aufliegt. Doch Deutschland boykottiert wie die anderen NATO-Staaten und alle Atomkräfte diesen Prozess.

WIE ES WEITERGEHEN SOLL?

Harald Müller meint: „Die Kernwaffenstaaten müssen das neu entbrannte Wettrüsten unverzüglich beenden. Stattdessen müssen sie den Wea-

systematischer Abrüstungsschritte einschlagen; dazu zählen insbesondere ein Verbot neuer Kernwaffen, die Absenkung der Einsatzbereitschaft und die Doktrin, Kernwaffen niemals als erste einzusetzen. Die USA und Russland müssen ihre Arsenale im nächsten Schritt auf weniger als 1000 Sprengköpfe absenken, die übrigen Kernwaffenstaaten sich auf eine Obergrenze für ihre Bestände verpflichten. Von dort aus kann man dann systematisch zu einer kernwaffenfreien Welt fortschreiten.“ Ähnlich formuliert Oliver Meier: „Wir brauchen einen Dialog zwischen allen Staaten, unter welchen Voraussetzungen nukleare Abrüstung möglich wäre und welche konkreten Schritte unternommen werden können, um diese Voraussetzungen zu schaffen. Schließlich ist eine Stärkung der IAEA und der nuklearen Verifikation insgesamt wichtig, um zu verhindern, dass Staaten im Geheimen Atomwaffen entwickeln und die Einhaltung nuklearer Rüstungskontrollabkommen strikter überwachen zu können.“

Alyn Ware hält es für notwendig, „die atomar bewaffneten Staaten zu einem Vertrag über das Verbot und die schrittweise Beseitigung von Atomwaffen zu bewegen, um damit das Versprechen das sie im NVV gegeben haben, zu erfüllen.“ Er sieht dazu weitere Prozesse neben dem NVV für notwendig und hofft, dass eine „High Level Conference“ zu der die UNO im Mai nach New York einlädt, neue Anstöße bringt.

Doch zunächst tagt zur Vorbereitung der Überprüfungskonferenz des NVV 2020 Ende April/Anfang Mai die Vorbereitungscommission in Genf. Die Pressehütte wird sich auch dort wieder einmischen. Stärke gewinnt diese politische Lobbyarbeit aber vor allem dann, wenn sie den Druck der Straße hinter sich hat. Deswegen auf nach Büchel, um den Abzug der dortigen Atomwaffen, den Stopp der technischen Aufrüstung und das weltweite Verbot der Atomwaffen zu fordern.

[Wolfgang Schlupp-Hauck]



1987: Gorbatschow und Reagan beenden den Kalten Krieg zur Entspannung



2018: Der Kalte Krieg kehrt zurück

Fotos: White House und Kreml

ES DROHT EINE NEUE »NACHRÜSTUNGS«-DEBATTE 30 JAHRE NACH DEM NUKLEAREN MITTELSTRECKENVERTRAG

Mit dem INF-Vertrag (Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty) wurden erstmals in der Rüstungskontrollgeschichte nicht nur numerische Obergrenzen oder andere Einschränkungen für bestimmte Waffensysteme vereinbart, sondern ihre vollständige Abrüstung. Zudem vereinbarten die beiden Großmächte weitreichende gegenseitige Inspektionsmaßnahmen während der Umsetzung des Vertrages sowie das Verbot der Neuentwicklung und Produktion dieser Waffensysteme.

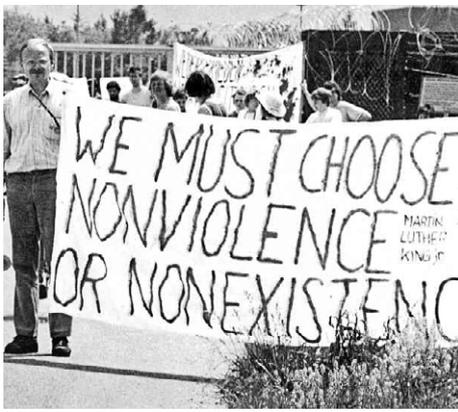
Am 1. Juni 1988 trat der INF-Vertrag in Kraft. Damit ging eine zehnjährige Eskalationsphase der atomaren Aufrüstung zu Ende, die in der Bundesrepublik Deutschland und anderen NATO-Staaten die größte Friedensbewegung seit Ende des Zweiten Weltkrieges ausgelöst hatte. Auch in der DDR und in anderen Mitgliedsländern der Warschauer Vertragsorganisation regte sich erstmals deutlicher Widerspruch gegen die Anhäufung von immer mehr atomaren Massenvernichtungswaffen.

SCHMIDTS »RAKETENLÜCKE« UND DER »DOPPELBE SCHLUSS«

Am 28. Oktober 1977 hatte der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt in einer Rede vor dem International Institute for Strategic Studies in London Sorgen geäußert über eine angebliche »Raketenlücke« auf NATO-Seite. Das westliche Bündnis habe keine ausreichenden Mittel gegen die auf Westeuropa gerichteten atomaren

Mittelstreckenraketen vom Typ SS-20, die die Sowjetunion damals stationierte. US-Präsident Jimmy Carter schlug daraufhin vor, 108 atomare Pershing-II-Raketen und 464 Marschflugkörper (Cruise Missiles) des Typs Tomahawk in Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden, Belgien und Italien zu stationieren. Am 12. Dezember 1979 übernimmt die NATO offiziell den Aufrüstungsvorschlag des US-Präsidenten. Der NATO-Gipfel kleidete seine Entscheidung allerdings in einen »Doppelbeschluss«: Von Moskau forderte die NATO den Abbau der bereits stationierten SS-20-Raketen. Sollte Moskau diese Forderung nicht erfüllen, werde es zur westlichen »Nachrüstung« mit Pershing II und Cruise Missiles kommen. Dieser »Doppelbeschluss« und das darin enthaltene »Verhandlungsangebot« an die Sowjetunion waren vor allem eine Konzession an die zunehmend aufrüstungskritische Stimmung nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in den Regierungsparteien einiger NATO-Staaten.

Die Sorgen und Bedenken nicht nur in der Friedensbewegung richteten sich vor allem auf eine damals ganz neue US-amerikanische Waffenentwicklung, die Pershing-II-Rakete, die ausschließlich in der BRD stationiert werden soll. Grund der Besorgnis: Mit ihrer Schnelligkeit, Zielgenauigkeit und Zerstörungskraft machte die Pershing II erstmals seit Beginn der Ost-West-Konfrontation einen atomaren »Enthauptungsschlag« der NATO gegen die Sowjetunion zumindest vorstellbar. Ein »Enthauptungsschlag« hätte der Sowjetunion ihre gesicherte Zweitschlagskapazität genommen und damit die Grundlage des atomaren Abschreckungspatts zerstört. Verstärkt wurden diese Sorgen noch, als nach der Wahl Ronald Reagans zum neuen US-Präsidenten im November 1980 im Pentagon tatsächlich Konzeptpapiere verfasst wurden, die die Option eines solchen »Enthauptungsschlages« enthielten sowie das Szenario eines auf Europa begrenzten Atomkrieges mit den beiden deutschen Staaten als Kerngebiet dieses Krieges. →



Mahnwache und Blockade in Mutlangen. Großdemonstration in Bonn (Fotos: Erika Sulzer-Kleinemeier, Thomas Pflaum, bpb)

→ Auch Reagans Pläne für ein weltraumgestütztes Raketenabwehrsystem (Strategic Defense Initiative, SDI) trugen zu diesen Sorgen bei. Sie herrschten nicht nur in der Friedensbewegung vor, sondern auch in der Bundeswehrführung, wie damals noch aktive Generäle Jahre später, nach ihrer Pensionierung, bestätigten.

Die Friedensbewegung mobilisiert zum Protest

Am 10. Oktober 1981 demonstrierten in Bonn über 300.000 Menschen friedlich gegen die geplante Aufrüstung mit Pershing II und Cruise Missiles, aber auch gegen die SS-20 in der Sowjetunion. „Überwindung von Geist, Logik und Politik der Abschreckung“ lautete das zentrale Motto dieser bis dahin größten Demonstration und Friedenskundgebung in der Geschichte der Bundesrepublik. Bundeskanzler Schmidt versuchte vergeblich, den Redeauftritt des führenden SPD-Politikers Erhard Eppler zu verhindern und Bundestagsabgeordneten seiner Partei die Teilnahme an der Demonstration zu verbieten.

Die Ablehnung in der Bevölkerung war groß. Das zeigte im August 1982 eine repräsentative Umfrage: 75 Prozent der Befragten sprachen sich gegen die Stationierung der neuen Atomwaffen aus, mit Mehrheiten unter den Wähler*innen aller Parteien und in allen Altersgruppen. Das Kanzleramt drängte das ZDF, diese Umfrageergebnisse nicht zu veröffentlichen, doch sie wurden dem Autor zugespielt und vom Bonner Koordinationskreis der Friedensbewegung veröffentlicht.

Am 22. Oktober 1983 kam es mit großen Demonstrationen in Bonn, Hamburg und Berlin sowie der 108 Kilometer langen Menschenkette zwischen Stuttgart und Neu-Ulm zum Höhepunkt der Massenproteste. Auf der Bonner Kundgebung bekräftigte der SPD-Vorsitzende, Friedensnobelpreisträger und Ex-Bundeskanzler Willy Brandt das »Nein« seiner Partei zur Stationierung, das die SPD inzwischen auf einem Bundesparteitag beschlossen hatte.

Vier Wochen später stimmte der Bundestag dennoch mit der Mehrheit der CDU/CSU/FDP-Regierungskoalition für die Stationierung der neuen Atomraketen, die wenig später begann. An den Stationierungsorten Mutlangen, Neu-Ulm, Neckarsulm und

Heilbronn demonstrierten in den folgenden Jahren zehntausende Friedensbewegte und blockierten gewaltfrei die Eingänge der US-amerikanischen Militärgelände. Viele Hunderte wurden angeklagt und von den zuständigen Amtsgerichten gemäß § 240 des Strafgesetzbuches wegen Nötigung verurteilt. Jahre später urteilte das Bundesverfassungsgericht allerdings, dass gewaltfreie Blockaden nicht den Straftatbestand der Nötigung erfüllen.

INF-Verhandlungen in Genf

Die Sowjetunion war anfangs nur nach einer Rücknahme des »Doppelbeschlusses« zu Verhandlungen mit der NATO bereit, ließ sich im Herbst 1980 aber doch auf »Vorgespräche« mit den USA ein. Ab November 1981 verhandelten dann beide Seiten offiziell in Genf. Zunächst unterbreiteten sie nur Vorschläge, die auf eine Reduzierung und zahlenmäßige Obergrenze von Atomwaffen kürzerer und mittlerer Reichweite in Europa zielten. Einer der Hauptstreitpunkte war Moskaus Forderung, bei einem künftigen Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau auch die britischen und französischen Atomwaffen dieser Kategorie mit anzurechnen. Diese Forderung lehnten die USA und die NATO stets kategorisch ab.

Im November 1982 wurden die Genfer Verhandlungen ergebnislos unterbrochen. Und nach Beginn der Stationierung der Pershing II und der Cruise Missiles ab Ende 1983 gab es zunächst keine Aussicht auf eine Wiederaufnahme der Verhandlungen. Doch nach der Wahl von Michail Gorbatschow zum Generalsekretär der KPdSU im Frühjahr 1985 kehrte die Sowjetunion an den Verhandlungstisch zurück und zeigte sich bereit zu einem vollständigen Verbot von atomaren Raketen kürzerer und mittlerer Reichweite. Eine entsprechende Verständigung wurde zwischen Washington und Moskau nach zwei Gipfeltreffen mit Gorbatschow und Reagan bereits im Frühjahr 1987 erreicht. Doch dann gab es Widerstand aus Deutschland: Die Sowjetunion verlangte, dass auch die bei Einheiten der Bundeswehr stationierten 72 atomaren Pershing-1A-Raketen der USA mit einer Reichweite von gut 700 Kilometer unter die geplante »doppelte Nulllösung« fallen müssten. Doch Teile von CDU/CSU sprachen sich gegen die Einbeziehung dieser Raketen in den Vertrag aus. FDP, Grüne und SPD

waren für ihre Abrüstung. Im Sommer 1987 beendete Bundeskanzler Helmut Kohl unter deutlichem Druck aus Washington den Streit und stimmte dem Abzug der Pershing-1A-Raketen zu. Die Zustimmung erfolgte einseitig durch die Bundesrepublik und wurde nicht in den INF-Vertrag aufgenommen. So war der Weg frei für die Vertragsunterzeichnung am 8. Dezember 1987.

Die USA zerstörten vertragsgemäß 846, die Sowjetunion insgesamt 1.846 Raketen. Die letzte Rakete wurde im Mai 1991 demontiert. Die Inspektionsrechte aus dem INF-Vertrag endeten am 31. Mai 2001. An diesem Datum galt der Vertrag auch als vollständig umgesetzt.

Der Vertrag gilt zwar zeitlich unbegrenzt, allerdings hat jede Vertragspartei das Recht, ihn mit sechs Monate Frist aufzukündigen, wenn „außerordentliche Ereignisse im Zusammenhang mit dem Gegenstand dieses Vertrages ihre übergeordneten Interessen beeinträchtigen“. Eine Kündigung ist bislang zwar nicht erfolgt, doch ist der INF-Vertrag zunehmend gefährdet.

Der INF-Vertrag ist in Gefahr

Bereits im Februar 2007 erklärte Russlands Präsident Wladimir Putin in seiner Rede vor der Münchner Sicherheitskonferenz, der Vertrag diene angesichts der von den USA beabsichtigten Aufstellung von Komponenten eines bodengestützten Raketenabwehrsystems in Tschechien und Polen den russischen Sicherheitsinteressen nicht mehr. Die amerikanischen Pläne gefährdeten die strategische Stabilität, was, wie der Chef des Generalstabs der russischen Streitkräfte wenige Tage später ausführte, „geeignete Gegenmaßnahmen“ erforderlich mache.

Im Juli 2014 erhob das Außenministerium der USA öffentlich den Vorwurf, Russland habe mehrfach Mittelstreckenraketen getestet und damit gegen den Vertrag verstoßen. Um welchen Typ eines bodengestützten Marschflugkörpers es sich gehandelt habe – nur diese sind unter dem INF-Vertrag verboten –, wurde offiziell nicht bekanntgegeben. Medienberichten zufolge handelt es sich um Iskander-K R500. Dieser Typ wurde erstmals 2007 getestet, seine maximale Reichweite ist nicht bekannt, und in den vergangenen Jahren wurde von den USA auch keine Vertragsverletzung geltend gemacht.

Bei Gesprächen einer US-Delegation in Moskau Anfang September 2014 wies Russland die Vorwürfe Washingtons zurück. Hingegen hätten die USA in drei Punkten gegen den INF-Vertrag verstoßen: Für Raketenabwehrtests würden die USA Raketen benutzen, die Mittelstreckenraketen ähnelten. Auch die Verwendung von Angriffsdrohnen sei ein Verstoß gegen den INF-Vertrag, weil sie „zu 100 Prozent mit bodengestützten Marschflugkörpern“ übereinstimmen. Darüber hinaus ist Moskau beunruhigt über die Entwicklung der landgestützten Variante des US-Raketenabwehrsystems Aegis Ashore mit der Senkrechtstartanlage »MK 41 Vertical Launching System«, die 2015 in Rumänien stationiert wurde und 2018 in Polen eingeführt werden soll. Von diesen Anlagen könnten außer Abwehrraketen auch Cruise Missiles des Typs Tomahawk und damit vom INF-Vertrag verbotene Waffen gestartet werden.

Amerikanische Regierungsvertreter äußerten im Februar 2017 die Überzeugung, Russland habe den Vertrag gebrochen, indem es Mittelstreckenraketen nicht nur testete und produzierte, sondern bereits zwei aktive Bataillone seiner Streitkräfte damit ausgerüstet habe. Die Waffe, von den USA als SSC-8 bezeichnet, soll von Startvorrichtungen auf Lastwagen eingesetzt werden können, die sehr den Fahrzeugen ähneln, die von russischen Truppen für die SS-26-Iskander-Atomrakete benutzt werden. Eine der Einheiten mit dem neuen Raketentyp stehe nach US-Angaben noch beim Raketenerprobungszentrum Kapustin Jar, während die andere bereits abgerückt sei. In Washington und auch in der NATO wird als Antwort auf die behauptete Verletzung des INF-Vertrages durch Moskau inzwischen über eine westliche »Nachrüstung« mit dieser verbotenen Waffenkategorie diskutiert. Ob sich die Geschichte des Mittelstreckenwetterüstens an dieser Stelle einfach wiederholt? **[Andreas Zumach]**



Mahnwache zum Pershing-Abzug

Andreas Zumach ist seit 1988 Korrespondent am Genfer Sitz der Vereinten Nationen für die taz und andere Zeitungen. Dieser Artikel schrieb er für die Zeitschrift Wissenschaft & Frieden. Wir haben ihn für den FreiRaum leicht gekürzt.

Neues atomares Wetterüsten – Rückkehr der Angst

Joachim Bartz und Ulrich Stoll stellen im ZDF-Magazin Frontal 21 am 13. März 2018 unter obigen Titel die Krise des INF-Vertrags dar. Die beiden Redakteure interviewten deutsche, russische und US-amerikanische Experten. Aufnahmen von der Pressehütte, den ehemaligen Bunkern und Zitate von Volker Nick und Wolfgang Schlupp-Hauck umrahmen die Beiträge der Politiker und Experten. Der Beitrag kann in der Mediathek gesehen werden – dort findet sich auch das vollständige Manuskript: www.zdf.de/politik/frontal-21/frontal-21-vom-13-maerz-2018-100.html Wir zitieren die wichtigsten Aussagen.

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz wirft Trumps Sicherheitsberater, Herbert McMaster, Russland vor, neue Atomraketen auf Europa zu richten - und er droht: „Wir werden es Russland nicht erlauben, die Bevölkerung Europas als Geiseln zu nehmen.“ Russlands Außenminister Sergej Lawrow hält dagegen, wirft den USA eine Hass-Kampagne vor: „Natürlich gibt es zielgerichtete Propaganda. Die erzieht die westlichen Gesellschaften zur Feindschaft gegenüber Russland.“ Sigmar Gabriel, auf der Konferenz noch Außenminister, warnt: „Wir sind gerade dabei, kurz davor, dass die Abrüstungserfolge der 80er und 90er Jahre verschwinden. Die NATO steht unmittelbar vor einer neuen nuklearen Aufrüstungsspirale.“ Die Regierung Trump begründet im Nuclear Posture Review die technische Aufrüstung

ihrer Atomwaffen damit, „... dass Russland mit der Entwicklung des bodengestützten Marschflugkörpersystems SSC-8 gegen den INF-Vertrag verstößt.“ Beweise werden nicht veröffentlicht, der Hamburger Friedensforscher Prof. Götz Neuneck kritisiert: „Die Vorwürfe beziehen sich ja auf einen bodengestützten Marschflugkörper. Und es ist schwierig, die Reichweite und den Inhalt so eines Marschflugkörpers wirklich zu kennen. Es ist die Frage, ob die USA wirklich belastbare Informationen haben.“ Der Kreml bestreitet den Vertragsbruch. Franz Klintsewitsch vom Komitee für Verteidigung und Sicherheit erklärt: „Die Vorwürfe sind falsch, denn die neue Rakete ist seegestützt und Teil unserer Kriegsmarine. Das verletzt die Forderungen des

Vertrages nicht, seegestützt ist erlaubt.“ Die USA planen ein „konventionelles, landgestütztes Marschflugkörpersystem mit einer Reichweite zwischen 500 und 5500 km.“ Für Wladimir Putin ein Vertragsbruch: „Wozu brauchen sie diese Waffen? Sie wollen uns erpressen und geben sich der Illusion hin, ein Erstschlag bliebe ungestraft. Die ganze Zeit tun sie, als ob wir den Vertrag verletzen würden. Dabei machen sie selbst genau das – und zwar immer wieder.“ Auch das Raketen-Abwehrsystem ist aus Sicht der Russen ein Verstoß gegen den INF-Vertrag. Juri Schwytkin aus dem Verteidigungskomitee der russischen Staatsduma erklärt: „Das Raketenabwehrsystem lässt sich schnell zu einer Angriffswaffe umrüsten. Es trägt eindeutig offensiven Charakter. Und ich muss klar sagen: Jene Staaten, die eine Stationierung zulassen, werden zu unserem Ziel. Und falls es von den Raketenabwehrsystemen Angriffe auf uns gibt, wird es harte Gegenschläge geben.“ Putin erklärte am 1. März 2018: „Wir treffen die notwendigen Maßnahmen, um die Bedrohung durch den US-Raketenabwehrschild zu neutralisieren.“ Ein neues Wetterüsten ist im Gang.

WAS NICHT GEZEIGT WERDEN KONNTE

Ulrich Stoll berichtete, dass er bei den Recherchen den Eindruck gewann, dass in Washington Informationen verweigert und verschleiert werden. Zunächst wurden die Vorwürfe nicht konkretisiert. Die jetzt öffentlich gemachten Informationen sind unscharf. Einmal sei die Rede von Raketen, dann von Marschflugkörpern. Eigentlich könnte Licht ins Dunkel gebracht werden, wenn die im INF-Vertrag vereinbarten Verifikationsmechanismen, wie Vorort-Inspektionen, genutzt würden. Aber daran hat offenbar niemand Interesse. Der Versuch republikanische Sensoren zu interviewen sei gescheitert. Weder am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz noch über das

Washingtoner ZDF-Büro sei einer der Sensoren zum Interview bereit gewesen. In München könnte das noch im Zeitmangel begründet sein, in Washington ist es eine klare Verweigerung. Was Stoll beunruhigt ist, dass Donald Trump aus seinem Umfeld Personen mit gemäßigten Positionen verdrängt und sich mit Falken umgibt, die seine Machtbesessenheit bestärken. Die Drohungen aus Moskau machen deutlich, wie gefährlich diese Entwicklungen sind. Mehr zum Nuclear Posture Review, der Atomstrategie Donald Trumps und wie einseitig die Vorwürfe der INF-Vertragsverletzungen in der Koalitionsvereinbarung der Großen Koalition aufgenommen werden lesen Sie im aktuellen FreiRaum. www.pressehuette.de

Den INF-Vertrag retten, das Atomwaffenverbot erreichen



Aktionsreise der Pressehütte, Studenten der Technischen Hochschule und der Universität Hamburg 2013 in Genf.

Foto Pressehütte

Die Pressehütte Mutlangen und die Mayors for Peace im Ostalbkreis haben im letzten Dezember mit dem Mutlanger Manifest, die historische Bedeutung des INF-Vertrages gewürdigt und auf die Gefahren für den Vertrag aufmerksam gemacht. Mit einer Delegation zur UNO nach Genf Ende April wollen die Bürgermeisterin von Mutlangen Stephanie Eßwein und zehn Friedensbewegte ihre Forderungen den versammelten Diplomaten vortragen.

Für zwei Wochen treffen sich in Genf vom 23. 4. bis 4. 5. 2018 die Diplomaten der Vertragsstaaten des NPT (Non-Proliferation-Treaty – Nichtverbreitungsvertrag). Nichtregierungsorganisationen haben die Möglichkeit als Beobachter an der Konferenz teilzunehmen, eigene Veranstaltungen im Begleitprogramm anzubieten und Hintergrundgespräche mit den Diplomaten zu führen.

Die Mutlanger Delegation wird unterstützt von der Aktiongemeinschaft Dienste für den Frieden, dem Internationalen Versöhnungsbund, der ökumenischen Initiative Ohne Rüstung Leben und der Deutschen Friedensgesellschaft DFG-VK.

Im Sommer geht es dann nach Büchel, um über das neue Wettrüsten dort zu diskutieren, wo die momentan letzten Atomwaffen in Deutschland lagern.

MUTLANGER MANIFEST

www.mutlangen.de → Freizeit & Kultur
→ Mutlanger Heide → Mutlanger Manifest 2017



MEDIEN

Neues atomares Wettrüsten – Die Rückkehr der Angst
www.zdf.de/politik/frontal-21/frontal-21-vom-13-maerz-2018-100.html

Geschichte im Ersten: Als die Atombomben Deutschland veränderten
www.ardmediathek.de/tv/Geschichte-Entdeckungen

AKTUELLE BERICHTE AUS GENF

ab 22. 4. 2018 www.pressehuette.de

VERANSTALTUNGSANGEBOT

Die Delegationsteilnehmer sind bereit aus erster Hand zu berichten: als Fachvortrag oder interaktiver Workshop für Schulen und Jugendgruppen.

Melden Sie ihre Wünsche über die FreiRaum-Redaktion an: redaktion@pressehuette.de



Pressehütte



»Im Blick« ist eine Beilage des Magazins »FreiRaum – Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen. Für die friedliche Nutzung des Weltraums«, herausgegeben von der Pressehütte Mutlangen. Diese Ausgabe wird auch den Magazinen VERSÖHNUNG (www.versoehnungsbund.de) und SPINNRAD (www.versoehnungsbund.at) beigelegt.

Redaktion

Wolfgang Schlupp-Hauck

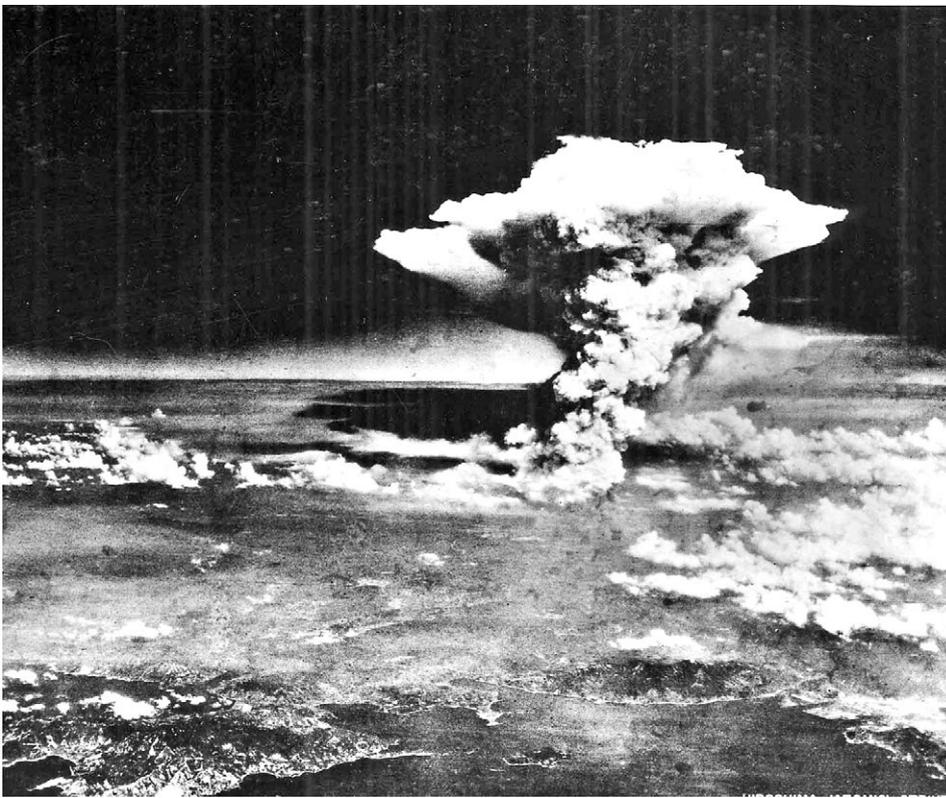
Den vollständigen FreiRaum finden Sie auf der Homepage www.pressehuette.de oder bestellen Sie die gedruckte Ausgabe bei:

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.

Forststraße 3, 73557 Mutlangen, Telefon 0 71 71 - 7 56 61

Spendenkonto

Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
Kreissparkasse Ostalb, BLZ 614 500 50, Konto: 800 268 499
IBAN: DE60 6145 0050 0800 2684 99, BIC: OASPD63333
Stichwort: »Im Blick«. Bitte vollst. Adresse angeben!



Die humanitären Folgen von Atomwaffen dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Foto: Friedensmuseum Hiroshima

→ Fortsetzung von S. 1

FRIEDEN DURCH STÄRKE, DAS STREBEN NACH DOMINANZ DER USA

Und schauen wir in die Vereinigten Staaten. US-Präsident Trump fällt nicht nur durch seine gefährlichen und provozierenden Tweets auf, sondern auch durch eine konsequente Festschreibung nuklearer Aufrüstung. Den zugrundeliegenden Ton hatte Trump bereits in seiner Rede zur Lage der Nation am 30. Januar 2018 vorgegeben: *„Als Teil unserer Verteidigungsanstrengungen müssen wir unser nukleares Arsenal modernisieren und wieder aufbauen. Wir müssen es hoffentlich nie einsetzen, aber so stark und mächtig machen, dass es jeden Akt der Aggression abschreckt.“* Er argumentiert weiter: *„Während wir uns mit diesen Gefahren konfrontiert sehen, wissen wir, dass Schwäche der sicherste Weg in den Konflikt ist, während konkurrenzlose Überlegenheit das sicherste Mittel unserer Verteidigung ist.“*

Trumps Credo: *„Frieden durch Stärke“* haben die Autoren seines Nuclear Posture Reviews indirekt aufgenommen und im Konzept einer maßgeschneiderter Abschreckung, einer *„tailored deterrence“*. Erforderlich sei ein flexibleres und glaubwürdiger einsetzbares, eigenes Atomwaffenpotenzial. Die umfassende Modernisierung aller atomaren Trägersysteme und nuklearen Sprengköpfe, die Barack Obama bereits 2010 eingeleitet hatte, reicht aus Sicht der Autoren nicht aus. Sie fordern mehr und plädieren einerseits für neue, zusätzliche Rüstungsvorhaben und wollen andererseits jene Pläne stoppen, mit denen Obama die Zahl unterschiedlicher Atomwaffentypen im US-Arsenal weiter reduzieren wollte.

NEUE STATT WENIGER ATOMWAFFEN

Obama wollte mehrere Sprengkopftypen aus den US-Depots zu verbannen, so die Atombombe B83 mit ihrer gewaltigen Sprengkraft von 1,2 Megatonnen. Die Trump-Administration plant jetzt, die Bomben vom Typ B83 zumindest solange im Dienst zu halten, bis deren Aufgabe nachweislich von einer anderen Waffe übernommen werden kann. Von einer Reduzierung der Typenvielfalt bei den nuklearen Gefechtsköpfen für Raketen ist nicht mehr die Rede. Im Gegenteil. Es soll sogar zusätzliche Varianten geben. Zum einen soll ein kleiner Teil der Langstreckenraketen auf U-Booten möglichst bald mit Atomgefechtsköpfen kleiner Sprengkraft ausgestattet werden. Der zweite Vorschlag sieht vor, in sieben bis zehn Jahren wieder nuklear bestückte Marschflugkörper auf Schiffen oder U-Booten einzuführen.

Mit diesem Nuclear Posture Review sinkt die Schwelle für einen Nuklearwaffeneinsatz. Zum anderen könnte die Diskussion über regional begrenzbare Atomkriege zurückkehren.

PUTIN DROHT MIT »UNSCHLAGBAREN« ATOMWAFFEN

Mit der angekündigten atomaren Aufrüstung in der Wahlrede von Russlands Präsident Wladimir Putin steigt auch Russland in den Potenzstreit mit Donald Trump und Kim Jung-un ein. Damit ist die Renaissance des atomaren Wettrüstens, das bereits lange in Gange ist, endgültig amtlich. Mit einer Videoanimation, die anscheinend einen atomaren Angriff auf die Ostküste der USA darstellen soll, protzte Putin in seinem Wahlkampf mit Russlands neuen nuklearen Fähigkeiten.

Die Russische Föderation behält sich das Recht vor, als Antwort auf einen gegen sie und/oder ihre Verbündeten erfolgten Einsatz von Kernwaffen oder anderen Arten von Massenvernichtungswaffen, ihrerseits Kernwaffen einzusetzen. Das gilt auch für den Fall einer Aggression mit konventionellen Waffen gegen die Russische Föderation, bei der die Existenz des Staates selbst in Gefahr gerät.“

USA WILL ATOMWAFFENEINSATZ FRÜHER EINSETZEN

Voraussetzung eines atomaren Ersteinsatzes in einem bis dato konventionell geführten Krieg wäre also die Gefährdung der staatlichen Existenz Russlands. Der neue Nuclear Posture Review der USA weist Nuklearwaffen dagegen eine deutlich größere Rolle zu. Zu lesen ist dort: *„Die Vereinigten Staaten würden den Einsatz nuklearer Waffen nur unter extremen Umständen erwägen, um die vitalen Interessen der USA, ihrer Verbündeten und Partner zu verteidigen. Zu diesen extremen Umständen können signifikante nicht-nukleare strategische Angriffe gehören. Zu solchen signifikanten nicht-nuklearen, strategischen Angriffen gehören – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – Angriffe auf die zivile Bevölkerung oder die Infrastruktur der USA, der Verbündeten oder Partner sowie Angriffe auf US- oder alliierte Nuklearkräfte, deren Kommando und Kontrollstrukturen, Warnsysteme oder Auswertefähigkeiten für Angriffe.“*

DEN DROHUNGEN UND DER AUFRÜSTUNG ENTGEGENTRETEN

An den konventionell geführten Kriegen und der technischen nuklearen Aufrüstung verdient die Rüstungsindustrie. Die Menschen in den betroffenen Regionen leiden und sterben. Die Geldströme fließen in die falsche Richtung. Protest, gewaltfreier Widerstand und Umkehr sind gefragt.

Aktionsmöglichkeiten sind durch die Friedensbewegung geschaffen: die internationale Kampagne ICAN für das Atomwaffenverbot, die Kampagne *„Don't bank on the bomb“* gegen die Finanzierung von Atomwaffen, die Kampagne *„Büchel ist überall – atomwaffenfrei.jetzt“* für direkte Aktionen am deutschen Atomwaffenstandort, sowie auch die Kampagnen gegen Rüstungsexporte und Kleinwaffen.

Wir dürfen nicht Ruhe geben.

Wolfgang Schlupp-Hauck

mit Verwendung einer Analyse des Nuclear Posture Review von Otfried Nassauer BITS und einer Pressemeldung von ICAN.



Banken finanzieren atomares Wettrüsten

Deutsche Kreditinstitute finanzieren mit Milliardenbeträgen die Herstellung von Atomwaffen. Das geht aus einer Studie hervor, die von der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) und der niederländischen Friedensorganisation PAX veröffentlicht wurde. Demnach haben zehn deutsche Finanzdienstleister seit Januar 2014 insgesamt rund 10,37 Milliarden US-Dollar (8,41 Milliarden Euro) den Atomwaffen-Produzenten zur Verfügung gestellt. Die Volks- und Raiffeisenbanken verkaufen das tödliche Investment sogar über den Fonds „UniGlobal“ an Privatanleger. Die im Bericht untersuchten Rüstungsunternehmen produzieren Atombomben, Atomsprenkköpfe sowie Atomraketen oder sind mit der Wartung dieser Systeme beauftragt.

Der hierzulande mit Abstand größte Financier bleibt die Deutsche Bank. Im Vergleich zur vorangegangenen Studie sind die Investitionen der Deutschen Bank von 5,15 Mrd. auf 6,62 Mrd. US-Dollar gestiegen. Ins Auge fällt aber auch die Finanzspritze der DZ Bank, die ihr Investment in Atomwaffenhersteller von 66 Mio. auf 470 Mio. US-Dollar massiv erhöht hat. Die DZ Bank ist das Zentralinstitut von rund 1.000 Genossenschaftsbanken in Deutschland, dazu gehören etwa Volks- und Raiffeisenbanken. Die DZ Bank unterstützt die US-amerikanische Rüstungsfirma Northrop Grumman mit mehr als 400 Mio. US-Dollar. Dieses Unternehmen produziert Atomraketen für das US-Arsenal und ist auch am britischen Atomwaffenprogramm beteiligt. Die DZ Bank hat diese Firma in den Fonds „UniGlobal“ aufgenommen. Es handelt sich um den „Vorzeige-Fonds der Volksbanken“ (FAZ) und er richtet sich vor allem an Privatpersonen, zum Beispiel für die Riester-Rente.

Weitere Informationen und eine OnlinePetition:

www.friedenskooperative.de/atombombengeschaeft

Neues von den deutschen Mayors for Peace

HANNOVER, DIE DEUTSCHE LEAD CITY

Im Neuen Rathaus in Hannover wird vom 8.5.–27.5.2018 die Wanderausstellung „50 Städte – 50 Spuren: eine Welt ohne Atomwaffen“ präsentiert. Eine umfangreiches Rahmenprogramm begleitet die Ausstellung, Informationen unter www.mayorsforpeace.de

Am 14. und 15.6.2018 laden Hannover und Münster zur Bundeskonferenz der Bürgermeister für den Frieden in die Stadt des Westfälischen Friedens, nach Münster, ein. Neben der internen Sitzung wird eine öffentliche Vortrags- und Podiumsdiskussion zum Thema „Zwischen Vision und Wirklichkeit: Neue Wege zu einer Atomwaffenfreien Welt“ angeboten. Referenten sind Sascha Hach von ICAN und Prof. Dr. Christian Hacke von der Universität Bonn. Die Moderation liegt in den Händen der Sicherheitspolitikexpertin Julia Weigelt.

Weitere Informationen und Anmeldung:

mayorsforpeace@hannover.de

BREMEN FÜR EINE ATOMWAFFENFREIE WELT

Nach einer kontroversen Diskussion hat am 5. Dezember 2017 der Bremer Landtag einen Antrag der Fraktionen des Sozialdemokraten, Grünen und Linken mit Mehrheit angenommen.

1. Sie begrüßt die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN).
2. Sie teilt die Ziele der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen und strebt eine Welt ohne Atomwaffen an.
3. Sie fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene für eine deutsche Unterzeichnung und Ratifizierung des UN-Vertrages über das Verbot von Kernwaffen einzusetzen.

POTSDAMM-MITTELMARK

Auch der Kreistag von Potsdam-Mittelmark hat am 1.3.2018 mehrheitlich beschlossen, sich weltweit für die Abschaffung der Atomwaffen einzusetzen. Linke und Grünen hatten den Antrag gestellt, das der Landkreis Mayors for Peace beitrifft. Es ist die fünfte kommunale Gebietsorganisation nach dem Regionalverband Hannover und den Landkreisen: Rhein-Erft, Ostalb, und Vulkaneifel. Initiator des Beschlusses ist Bernd Lachmann, der argumentiert: „Frieden ist eine Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge“, deshalb sollte überall der Beitritt zu Mayors for Peace beantragt werden.

IDEEN ZUM FLAGGENTAG 2018

Der Flaggentag der Mayors for Peace erinnert an die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes, dass der Einsatz von Atomwaffen völkerrechtswidrig wäre und dass eine Verpflichtung besteht, Verhandlungen zu führen, die zu ihrer vollständigen Abrüstung führen.



Hannovers OB Schostok unterzeichnet einen Appell für den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag (Foto: Landeshauptstadt Hannover)

Der 8. Juli fällt in diesem Jahr auf einen Sonntag. Bitte wenden Sie sich an Ihren Bürgermeister/Ihre Bürgermeisterin, und fragen Sie, ob und wann er/sie die Flagge hissen mag und ob Sie den Flaggentag für eine lokale Aktion nutzen möchten.

Wir haben dazu ein paar Vorschläge:

Veranstalten Sie zum Hisen der Flagge ein **Friedenspolitisches Frühstück**, vielleicht im Rathaus, in einer Kirchengemeinde oder einem Café. Laden Sie Vertreter der verschiedenen Fraktionen bzw. ihre lokalen Bundestagsabgeordneten ein und diskutieren Sie, was in Ihrem Ort getan werden kann, für das Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrages, die Verhinderung der technischen Aufrüstung und den Abzug der Atombomben aus Büchel.

Laden Sie nach dem Flaggenhissen zu einer **Radtour ein, um an die Zerstörungskraft einer Atombombe zu erinnern**. Die Radtour führt im Bogen um die Stadt, entlang des Radius, in dem es keine Überlebenschance gibt. Legen Sie dabei einige Stopps ein, bei denen verschiedene Aspekte nuklearer Rüstung und Abrüstung erläutert werden. Das Darmstädter Friedenforum hat dies im letzten Jahr gemacht. Regina Hagen gibt gern ihre Erfahrungen und Unterlagen dazu weiter.

Laden Sie ein, bei der Flaggenhissung ein **Peace-Zeichen aus Blumen** auf den Boden zu legen. (Siehe auch Seite 3: 60 Jahre Peace-Zeichen.)

Brauchen Sie Unterstützung für die Umsetzung Ihrer Ideen, dann melden Sie sich, wir helfen weiter.

- Mayors-for-Peace-Büro der Landeshauptstadt Hannover, mayorsforpeace@hannover.de
- Wolfgang Schlupp-Hauck redaktion@pressehuette.de
07171 75 661



Die diesjährige Aktionspräsenz hat begonnen: 20 Bomben – 20 Wochen. Montags kurz vor Zwölf versammelten sich rund 50 Personen am Haupttor des Fliegerhorstes Büchel. Ulrich Frey von der Evangelischen Kirche im Rheinland verwies auf einen Beschluss von deren Synode, wonach der Abzug der nicht bestätigten US-Atomwaffen aus Büchel "längst überfällig" sei. Drei Bürgermeister nahmen an der Mahnwache teil: Aus Mayen Oberbürgermeister Wolfgang Treis, Ortsbürgermeister Richard Pestemer aus Neuenkirchen, Hunsrück und Thomas Hermann, Bürgermeister von Hannover. Hermann kritisierte als Repräsentant der „Mayors for Peace“: „15.000 atomare Sprengköpfe soll es geben. 20 von ihnen lagern hier in Büchel. Immer noch. In Zeiten neuer atomarer Aufrüstung müssen wir uns gemeinsam dafür einsetzen, dass Deutschland auch an dieser Stelle mutiger wird!“

20 Bomben 20 Wochen: Auch in diesem Jahr sind wir in Büchel aktiv

DIE AKTIONSPRÄSENZ HAT BEGONNEN

Motiviert durch die Verleihung des Friedensnobelpreises 2017 an die "Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen" (ICAN) verstärken wir den Druck auf die Politik weiter. Wir werden zwanzig Wochen lang in Büchel in der Eifel protestieren, vom 26. März bis 9. August 2018.

In den 20 Wochen werden viele Gruppen aus ganz Deutschland Aktionen durchführen. Jede Gruppe plant und handelt selbstverantwortlich. Eine kleine Gruppe hält sich dauerhaft in Büchel auf, empfängt und begleitet ankommende Gruppen und Einzelpersonen. Es wird die unterschiedlichsten Aktionsformen geben: Mahnwachen, Kleinkunst, Geburtstagsfeiern, Gottesdienste, Musikveranstaltungen, Sitzblockaden, Go-Ins und vieles mehr. An der Straße zum Haupttor gibt es die „Friedenswiese“. Dort stehen und hängen bereits viele Friedenssymbole. Neue können hinzugefügt werden.

Auf der Homepage sind aktuelle Informationen und der Aktionskalender zu finden:
www.buechel-atombombenfrei.de

Die Pressehütte Mutlangen wird sich mit einem Internationalen Workcamp, mit einem Aktionstag zum Mutlanger Manifest und mit einer Auf-führung der Lyrikaden an der Aktionspräsenz beteiligen.

25 TAGE INS GEFÄNGNIS

Martin Otto hat am 9. August 2016 den Militärszaun des Fliegerhorstes aufgeschnitten als „kleinen Beitrag zur Abrüstung von unten.“ Er bekam einen Strafbefehl über eine Geldstrafe von 15 Tagessätzen a 15,00 € ersatzweise 15 Tage Haft. Er hat diesen Strafbefehl nicht akzeptiert. Am 1.2.2107 verhandelte das Amtsgericht seinen Einspruch und erhöhte die Strafe auf 25 Tagessätze, da Martin „keinerlei Reue“ zeigen würde. Die 17 Seitige Revision wurde vom OLG Koblenz im Juli 2017 verworfen.

Martin hatte in einem offenen Brief angekündigt, dass er nicht zahlen wird sondern den zivilen Ungehorsam mit einer „Mahnwache hinter Gittern“ fortsetzt.

Mit einer Freikaufaktion, kann man seine Solidarität mit einem Euro deutlich machen. Dabei geht es nicht um die Summe, sondern um deutlich zu machen, dass viele hinter Martin stehen.

Wer noch mitmachen möchte, schickt Martin eine Erklärung. Sie kann auf der Startseite unserer Homepage heruntergeladen werden unter:
www.pressehuette.de

Bitte schnell bis zum 15. April 2018 erledigen.



Neuer Atombomber für die Bundeswehr

Die atomwaffenfähigen Tornados der Bundeswehr werden älter und älter. Die Hoffnung, dass sich mit Ihrer Ausmusterung, die nukleare Teilhabe Deutschlands erledigt, verblasst immer mehr.

Wie der Norddeutsche Rundfunk am 10. 3. 18 in seiner Sendung „Streitkräfte und Strategien“ berichtete, hat die Suche nach einem Tornadonachfolger begonnen. Nach bisherigem Stand soll der Tornado noch bis circa 2025 betrieben werden. In der vor zwei Jahren vom Verteidigungsministerium vorgelegten militärischen Luftfahrtstrategie bleibt offen, ob es für den Tornado ein neues Kampfflugzeug geben soll.

Der NDR berichtet nun, dass im vergangenen Jahr die Bundeswehr das Pentagon schriftlich um Informationen über das neue US-Kampfflugzeug vom Typ F-35 gebeten. Die Maschine ist ausdrücklich auch als Trägersystem von taktischen Atomwaffen ausgelegt.

Auf einer internationalen Fachkonferenz in Berlin machte Luftwaffeninspekteur Karl Müllner klar, dass seine Teilstreitkraft die F-35 bevorzugen würde. Diese Maschine sei für das feindliche Radar schwer zu entdecken und könne bereits aus einer großen Entfernung ihre Waffen einsetzen.

Dagegen bevorzugt das Verteidigungsministerium eine andere Lösung. Auf Anfrage von NDR Info teilte das Ministerium mit: "Bei der Nachfolge des Waffensystems Tornado wird prioritär das europäische Kampfflugzeug Eurofighter betrachtet."

Um auch US-Atomwaffen tragen zu können, müsste der Eurofighter weiter umgerüstet werden. Doch für die Zertifizierung für Atomwaffen wollen die USA Einblick in die technischen Unterlagen. Ob da alle beteiligten Nationen zustimmen scheint fraglich.

Der NDR hält es auch für möglich, dass der Tornado weiterhin modernisiert wird, so dass die Maschine über 2030 und darüber hinaus als Trägersystem für taktische US-Atomwaffen eingesetzt werden könnte. **Ein Ende der nuklearen Teilhabe ist mit Blick auf diese Diskussionen nicht in Sicht.** wsh

Impressum

FreiRaum.

Für eine Welt ohne
Atom- und Uranwaffen.
Für die friedliche Nutzung
des Weltraums.

Erscheint vierteljährlich

Auflage: 1000

Herausgeber
Pressehütte Mutlangen
Friedens- und Begegnungsstätte
Mutlangen e.V.
Forststraße 3
73557 Mutlangen
Tel./Fax 0 71 71 - 75 66 1
www.pressehuette.de
post@pressehuette.de

Einzelheft: Euro 3.-€ plus Porto

Jahresabonnement: Euro 12.-€

Für Mitglieder der Friedens- und
Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und
der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
ist der Bezug im Mitglieds-
beitrag enthalten.

Bankverbindungen
nur für Abo-Gebühren:
Friedens- und Begegnungsstätte –
FreiRaum
Raiffeisenbank Mutlangen
DE90 6136 1975 0055 6280 10

für steuerabzugsfähige Spenden:
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
Kreissparkasse Ostalb
IBAN: DE60 6145 0050 0800 2684 99
Stichwort: Spende FreiRaum
Bitte vollständige Adresse angeben!

Redaktion
V.i.S.d.P
Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh)
Tel. 0 71 71 - 18 20 58
e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion wieder.

Satz und Layout
Michael Heidinger Grafikdesign
www.michael-heidinger.com

Druck
UWS-Druck und Papier GmbH
70184 Stuttgart,
Telefon (07 11) 46 30 05
mail@uws-druck.de

ISSN 2509-7199

Zu guter Letzt

AN OSTERN DREHT SICH VIELES UM DEN OSTERHASEN UND DIE OSTEREIER.

Willi Rademacher, 62, ist parteiloser Bürgermeister von Büchel. Nach einem Bericht des SWR kann er sich noch gut daran erinnern, wie er als Kind in den 60er Jahren zum ersten Mal US-Soldaten begegnet ist. Die Bomben hätten ihm nie Angst gemacht: „Das ist hirnrissig, was hier für ein Thema um die 20 Eier gemacht wird“, sagt der ehemalige Bundeswehrsoldat.

Die Rheinzeitung griff dies in einer Glosse auf: „Hoffentlich weiß Donald Trump nicht, dass er in der Eifel noch 20 Eier hat.“ Bürgermeister Rademacher ist auch zu wünschen, dass Wladimir Putin nicht auf die Idee kommt von seinen Eiern welche auf Büchel zu werfen.

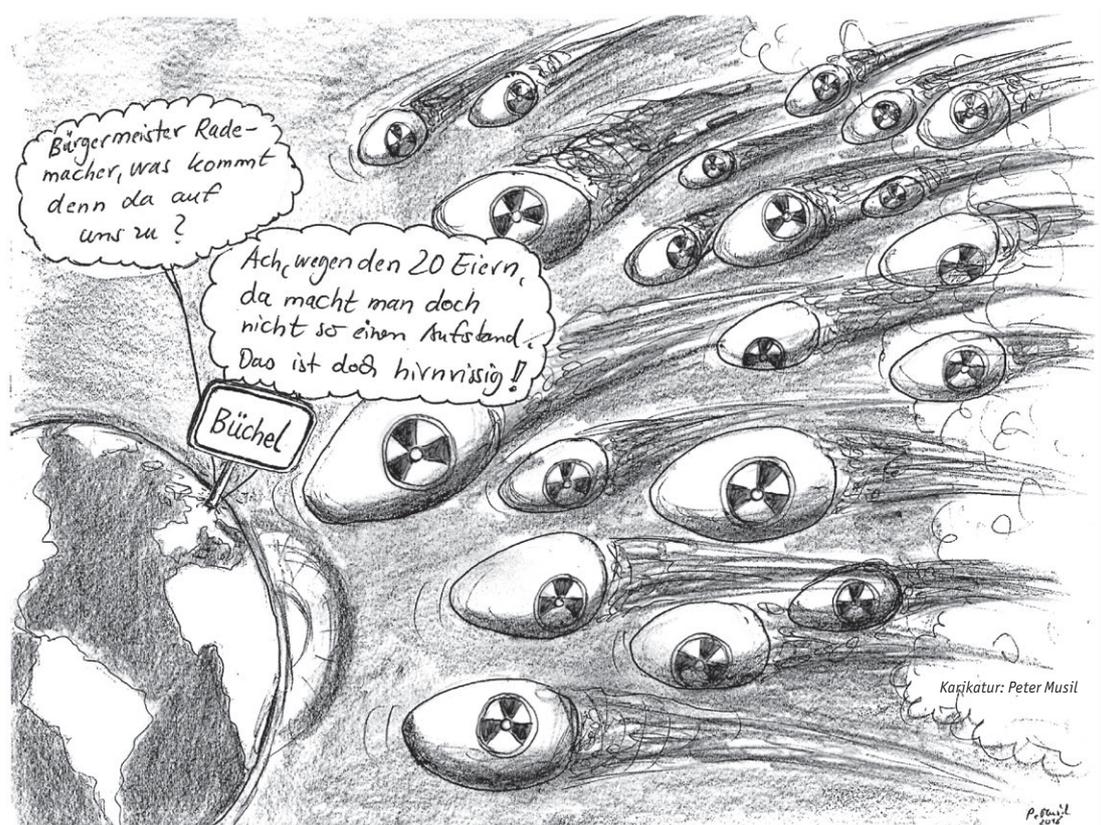
An Ostern wird auch immer marschiert. Gegen den Osten? Nein! Gegen den Westen? Nein! Wozu dann? Dass keine radioaktiven Eier vom Himmel fallen!

KEIN APRILSCHERZ IST DER RATGEBER: »SO ÜBERLEBT IHR EINEN ATOMBOMBEN ANGRIFF«

Bereits im Dezember veröffentlichte ihn die Bunte. Mit reißerischen Überschriften wie „Das passende Versteck finden“ werden die Tipps vorgestellt.

Erst im vorletzten Absatz, ohne eigene Überschrift, wird zusammengefasst: auch bei perfekter Vorbereitung sei die Gefahr zu sterben hoch.

Und der Schlussabsatz kommt dann endlich zum Ergebnis: „Der beste Schutz gegen Nuklearangriffe ist und bleibt deshalb die Abrüstung. Das ist fast allen Menschen klar. Remember wir jene, die es vergessen haben, immer wieder daran!“ Also Grüße nach Washington, Moskau und Büchel.



Karikatur: Peter Musil

P. Musil
2016